

Bundeswehr
raus aus unseren
Schulen!

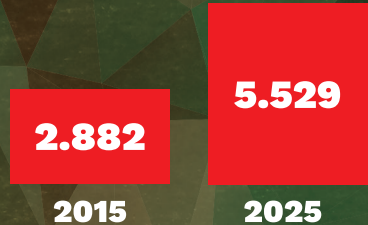
Die Linke

Im Bundestag

Mindestens 21 Mal an jedem Schultag steht die Bundeswehr in deutschen Klassenzimmern

Genau dort, wo ihr lernen und euch sicher fühlen sollt, halten sogenannte „Jugendoffiziere“ Vorträge und sprechen gezielt junge Menschen ab 15 Jahren an. Sie nennen das „politische Bildung“. Doch dahinter steckt ein klares Ziel: Nachwuchs für das Militär gewinnen. Die Schulbesuche von der Bundeswehr nehmen massiv zu. Das ist Kalkül.

Schulbesuche der Bundeswehr



Warum ausgerechnet an der Schule?

Die Bundeswehr braucht mehr Soldatinnen und Soldaten. Doch die Wehrpflicht ist unbeliebt: Die Mehrheit der jungen Menschen in diesem Land will nicht lernen, wie man schießt oder Panzer fährt – und entscheidet sich gegen den Wehrdienst. Also beginnt die Ansprache früher: in der Schule.

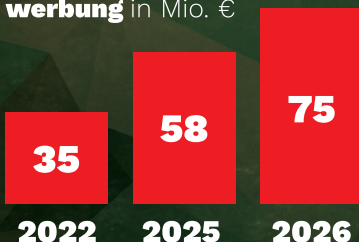
Gerade jetzt, wo der neue Wehrdienst eingeführt wird und alle 18-Jährigen Post von der Bundeswehr bekommen, wird deutlich, worum es wirklich geht: Begeisterung für das Militär wecken.

Denn Akzeptanz entsteht nicht von allein – sie wird gemacht.

Die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber. Wer sich zum Wehrdienst verpflichtet, verzichtet auf wichtige Grundrechte, wie etwa das Recht auf freie Meinungsäußerung, körperliche Unversehrtheit oder Bewegungsfreiheit. Und: Der Dienst kann mit dem Tod enden.

Militär-PR im Klassenzimmer

Ausgaben für Militärwerbung in Mio. €



Die steigende Präsenz der Bundeswehr kommt nicht aus dem Nichts. Bis 2035 sollen über 260 000 Soldatinnen und Soldaten zur Verfügung stehen, dazu noch eine Reserve von 200 000.

Doch viele Menschen entscheiden sich bewusst dagegen – deshalb wird gezielt um Zustimmung geworben. Und dafür wird massiv Geld eingesetzt.

Deutschland missachtet eure Rechte

Deutschland hat 1992 die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen unterschrieben. Damit hat sich Deutschland dazu verpflichtet, Minderjährige vor militärischer Rekrutierung zu schützen – zumindest auf dem Papier. Denn genau das schreibt der sogenannte „Straight 18“-Standard fest. Über 150 Staaten halten sich an diesen Standard. Deutschland nicht – und wurde dafür wiederholt von den Vereinten Nationen kritisiert.

Rekrutierung ist keine politische Bildung

Offiziell sollen euch die Jugendoffiziere über „Sicherheitspolitik“ informieren. Das klingt seriös, ist es aber nicht. Denn im Klassenzimmer herrscht meist ein Autoritätsgefälle: Wer dort sitzt, kann nicht einfach gehen. Und was ihr zu hören bekommt, ist nicht neutral. Die Bundeswehr präsentiert sich selbst – und damit auch ihre Sicht auf die Welt. Militärische Antworten auf globale Konflikte erscheinen als notwendig. Als alternativlos. Aber wo sind die Stimmen von Menschen, die Krieg erlebt haben? Wo sind die Perspektiven von Friedensinitiativen? Wo sind die Stimmen von Menschen, die sich bewusst gegen den Kriegsdienst entschieden haben? Sie stehen nicht im Klassenzimmer. Sie kriegen keine politische Unterstützung von der Bundesregierung, die ihnen den Zugang zu den Schulen absichert. Das gibt es nur für die Bundeswehr. Das ist keine politische Bildung. Das ist Werbung für das Militär.

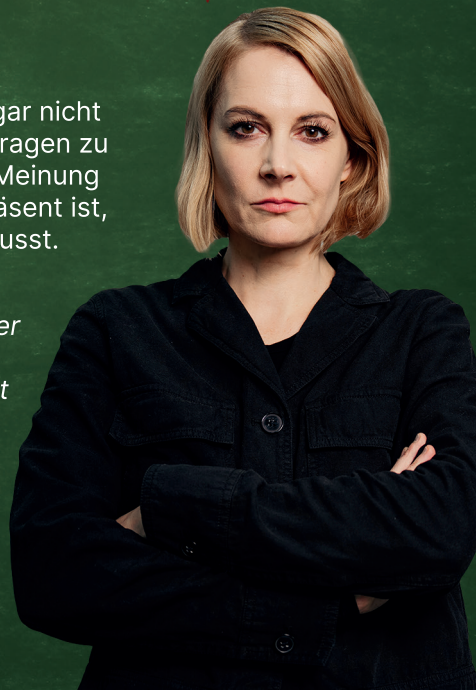
Schule gehört euch

Schule ist kein Ort für Werbung – und schon gar nicht für militärische. Schule soll euch befähigen, Fragen zu stellen, frei zu denken und euch eine eigene Meinung zu bilden. Wenn aber nur eine Perspektive präsent ist, werdet ihr nicht aufgeklärt. Ihr werdet beeinflusst.

„Wir sagen: Schluss damit. Eure Schule ist euer Raum. Ein Ort für offene Diskussionen, für Kritik, für unterschiedliche Perspektiven, nicht für einseitige Einflussnahme. Eure Zukunft gehört euch – nicht der Bundeswehr.“

Nicole Gohlke

Sprecherin für Bildung und Wissenschaft



Was ihr tun könnt

Nutzt eure Mitbestimmungsrechte an der Schule: In Eltern- und Schüler*innen-Vertretungen und in der Schulkonferenz könnt ihr eure Einwände anbringen. Es ist euer Recht einzufordern, dass das Thema ausgewogen behandelt wird und neben der Bundeswehr beispielsweise auch Friedensorganisationen eingeladen werden. Die DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) und die Bildungsgewerkschaft GEW können euch dabei unterstützen.

Als Die Linke im Bundestag stehen wir an deiner Seite.

Wir unterstützen euch mit kostenfreier, vertraulicher Beratung – zu Verweigerung, rechtlichen Optionen und solidarischen Netzwerken. Sprich uns an. Vor Ort oder online.

„Das Grundgesetz schützt euch. ‚Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden‘, heißt es da. Das bedeutet: Ihr alle habt das Recht, euch dem Militär zu verweigern. Dieses Recht ist eine der wichtigsten Lehren aus zwei Weltkriegen.“

Desiree Becker

Sprecherin für Friedens- und Abrüstungspolitik



Ihr seid nicht allein

Wenn du Unterstützung brauchst: Wende dich an uns.

Auf unserer Website findest du außerdem viele Infos zum Thema Wehrpflicht, Verweigern und Antimilitarisierung:

faqwehrpflicht.de



Die Linke

Im Bundestag

Fraktion Die Linke im Bundestag, V.i.S.d.P.: Ina Latendorf,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, dielinkebt.de